



N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

19. Wahlperiode - 9. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. Januar 2018, 15:15 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peer Knöfler (CDU)

Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes	4
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/388	
2.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	5
	Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/372	
3.	Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2016/17	6
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/371	
4.	Stand der Erarbeitung eines Lehrkräftebedarfsanalysekonzepts	9
	Berichtsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/381	
5.	Integration durch gute „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)-Angebote	11
	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/382	
6.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, eröffnet die Sitzung um 15:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP

[Drucksache 19/388](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2017)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 19/388](#) anzunehmen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/372](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2017 an den **Bildungsausschuss**,
den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss; Verfahrensfragen)

Auf Vorschlag von Abg. Waldinger-Thiering beschließt der Ausschuss, zunächst schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

3. Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2016/17

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/371](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2017 zur abschließenden Beratung)

Frau Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, führt in den Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2016/17 ein.

Abg. Habersaat macht darauf aufmerksam, dass auch unbesetzte Lehrerstellen in die hundertprozentige Unterrichtsversorgung einbezogen würden und eine Ausweitung der Unterrichtsstunden (wie an den Grundschulen vorgesehen) die Unterrichtssituation verschlechtern könnte.

Nach den Worten von Herrn Runde, Mitarbeiter im Bildungsministerium, wird der Grad der Unterrichtsversorgung aus dem Verhältnis der Bedarfe (Schülerzahlen, Kontingentstundentafel, Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden u.a.) und der Gesamtstellenzahl des Haushalts errechnet.

Bildungsministerin Prien erklärt, um das Ziel einer mindestens hundertprozentigen Unterrichtsversorgung in dieser Legislaturperiode zu erreichen, werde man noch mindestens 400 zusätzliche Lehrerstellen schaffen müssen. Hinsichtlich der zusätzlichen Unterrichtsstunde für die Grundschulen überlege man noch, ob man den Grundschulen die Möglichkeit gebe, die zusätzliche Stunde für Differenzierung nutzen zu können.

Auf Fragen von Abg. Waldinger-Thiering antwortet Frau Dr. Stenke, Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, zur Einführung einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware, an der sich 86 % der Schulträger beteiligten, habe sich eine Projektgruppe konstituiert. Die Projektgruppe werde spätestens ab 1. April 2018 von einem Projektmanager geleitet, von ein bis zwei Stellen aus dem Ministerium unterstützt und solle verschiedene digitale Anforderungen auf den Weg bringen. Um fachfremden Unterricht, der grundsätzlich nicht zu schlechteren Schülerleistungen führe, zu vermeiden, wolle das IQSH Fortbildungsangebote regionalisieren und Blended Learning anbieten. Die Befragung zum Thema Lehrgesundheit sei abgeschlossen. Man werde dem Landtag im ersten Halbjahr 2018 einen Bericht geben, im Laufe des Jahres 2018 einen Kongress zum Thema Lehrgesundheit ausrichten und gegebenenfalls eine weitere Belastungsstudie in Auftrag geben.

Abg. Vogel macht darauf aufmerksam, dass sich der Anteil nicht planmäßig erteilter Unterrichtsstunden und der Anteil zur Vertretung anfallender Unterrichtsstunden erhöht hätten.

Ministerin Prien wiederholt, um eine Unterrichtsversorgung von 100 % oder langfristig sogar von 105 oder 110 % zu erreichen, wolle man mehr Lehrerstellen schaffen, die Qualität des Vertretungsunterrichts und von EVA verbessern und mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit schaffen.

Abg. Habersaat spricht sich dafür aus, künftig die Zahl unbesetzter Lehrerstellen nicht mehr in die Unterrichtsversorgung einzurechnen und auszuweisen, wenn Lehrerstellen anders oder mit Personen besetzt seien, die nicht das zweite Staatsexamen hätten. Er möchte wissen, wie viele zusätzliche Lehrerstellen man bräuchte, um eine Unterrichtsgarantie umsetzen zu können.

Ministerin Prien bekräftigt das Ziel, mithilfe einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware und einer transparenteren Bildungsberichterstattung die Qualität von Schule zu verbessern.

Abg. Dr. Brodehl spricht Vertretungsfälle an, in denen der Ausfall einer Lehrkraft durch Aufhebung der Doppelbesetzung aufgefangen werde, und regt an, auch solche Qualitätseinbußen des integrativen Unterrichts in den Bericht zur Unterrichtssituation aufzunehmen.

Abg. Loose bekräftigt das Ziel, die Unterrichtsversorgung nachvollziehbar zu verbessern und dabei Transparenz zu schaffen.

Auf eine Frage von Abg. Waldinger-Thiering gibt Ministerin Prien den Umfang der aktuell unbesetzten Stellen beziehungsweise Stellenanteile mit rund 22 Stellen an berufsbildenden Schulen, rund 10 Stellen an Förderzentren sowie rund 11 Stellen an den übrigen allgemeinbildenden Schulen an. Die Ministerin weist darauf hin, dass es sich hier um ein sehr dynamisches System mit rund 23.000 Stellen handle, in dem laufend Stellen wiederbesetzt werden müssten. Könnten einzelne Schulen nicht alle ihrer zugewiesenen Stellen vollständig besetzen, würden die entsprechenden Stellenanteile vorübergehend auch von anderen Schulen genutzt, um Lehrkräfte in Schleswig-Holstein zu halten.

Auf eine Frage von Abg. Dunckel antwortet sie, die Landesregierung wolle jedes Jahr über 100 zusätzliche Lehrerstellen schaffen, um die Unterrichtsversorgung sukzessive zu verbessern, und den größeren Teil an die berufsbildenden Schulen geben, wo der „Missstand“ am größten sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 19/371](#) abschließend zur Kenntnis.

4. Stand der Erarbeitung eines Lehrkräftebedarfsanalysekonzepts

Berichts Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/381](#)

Ministerin Prien führt aus, das Bildungsministerium wolle ein EDV-gestütztes Tool entwickeln, mit dem man über einen Zeitraum von zehn Jahren einigermaßen belastbare Prognosen zum Lehrerberarf an verschiedenen Schulen in verschiedenen Fächern unter Berücksichtigung von Altersabgängen und so weiter ermitteln könne (Lehrerberarfsanalyse). Das Thüringer Bildungsministerium wende ein solches Computerprogramm („Prognosemanager“) an. Man sei nach intensiver Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass dieses Tool nicht genug könne, sondern man etwas Eigenes entwickeln werde.

Herr Runde teilt mit, es gebe bundesweit keine Berechnung von Lehrerberarfen nach Fächern weit in die Zukunft. Eine solche Berechnung sei aufgrund zahlreicher Unbekannter auch nicht zu leisten. Es gehe darum, mit einer Art Schätztool verschiedene Szenarien abzubilden. Thüringen lege allerdings nur eine Schülerzahlprognose zugrunde und stelle aufgrund dessen verschiedene Betrachtungen an. Man werde nächste Woche eine entsprechende Ausschreibung über die GMSH herausgeben. Man gehe davon aus, dass bis zum Sommer erste Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie vorlägen. Er betont noch einmal, es werde nie ein Instrument geben, das präzise Bedarfe für die Zukunft verlässlich vorhersage.

Ministerin Prien berichtet weiter, mit dem Konzept für Lehrkräftegewinnung und Lehrkräftebindung wolle man ein Maßnahmenpaket vorlegen und die umfangreichen Probleme, die alle Bundesländer hätten, angehen, um die erforderlichen Lehrkräfte zu gewinnen und zu halten. Man habe in den letzten Monaten eine Bestandsaufnahme durchgeführt und entschieden, eine abteilungsübergreifende Projektgruppe einzusetzen.

Staatssekretärin Dr. Stenke ergänzt, in der abteilungsübergreifenden Projektgruppe arbeite auch die Hochschulabteilung mit. Es gehe um eine Vielzahl von Maßnahmen. Es gebe einen großen Bedarf im Bereich der beruflichen Bildung, im Bereich der Sonderpädagogik, im Bereich der Grundschulen und im Bereich der MINT-Fächer - und einen Bedarf an Steuerung der Studierwünsche der Abiturienten, den man allerdings nicht steuern könne. Die Projektgruppe habe sich konstituiert und eine Maßnahmenplanung für die nächsten zwei Jahre vorgelegt. Man habe bereits folgende Maßnahmen ergriffen: Die Zahl der Plätze im Vorbereitungsdienst werde man weiter erhöhen, man nutze freie Stellen, um weitere Ausbildungskapazitäten zu schaffen, man habe die Zahl der Studienplätze für das Lehramt Sonderpädago-

gik an der Universität Flensburg erhöht, die Werbekampagne für das Lehramtsstudium laufe, man schaffe Erfahrungsmöglichkeiten, um für den Lehrerberuf zu motivieren, man habe das Freiwillige Soziale Jahr an Schule eingeführt.

Ministerin Prien sagt zu, den Ausschuss über die Arbeit der Projektgruppe auf dem Laufenden zu halten.

Abg. Dr. Dunckel weist darauf hin, dass sich eine Reihe von Institutionen mit Fragen der strategischen Personalplanung befasse.

Abg. Waldinger-Thiering bekräftigt ihre Forderung, Grundschullehrkräfte nach A 13 zu besolden.

Auf eine Frage von Abg. Habersaat sagt Ministerin Prien zu, nachdem die Machbarkeitsstudie vorliege, werde man den Landtag über das Konzept zur Lehrkräftegewinnung unterrichten.

5. Integration durch gute „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)-Angebote

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/382](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2017)

Ministerin Prien nennt die Herausforderung, die Qualität des DaZ-Unterrichts zu verbessern (sonderpädagogische Förderung, Alphabetisierung, Mathematik). Über die Verteilung der zusätzlichen 252 DaZ-Lehrkräfte werde sie den Ausschuss schriftlich unterrichten.

Frau Schiffler, Leiterin des Referats Integration und Sprachförderung, Auslandsschulwesen, Kooperation mit außerschulischen Partnern im Bildungsministerium, erläutert, um den Bedürfnissen der Flüchtlingskinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besser gerecht werden zu können, erhielten die Förderzentren zusätzliche Lehrerstellen. Für die Alphabetisierung würden besondere Lerngruppen gebildet; Kinder ohne Alphabetisierung könnten länger in der Basisstufe des DaZ-Unterrichts bleiben. In Mathematik wolle man vom kommenden Schuljahr an zusätzliche Förderangebote gewährleisten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Ministerin Prien, die Belastungssituation einer Schule sei für die Eltern ein Kriterium bei der Schulwahl. Das Ministerium wolle übermäßigen Belastungen einzelner Schulstandorte entgegenwirken und eine gleichmäßigere Verteilung der Belastungen erreichen. Man führe das DaZ-Konzept der Vorgängerregierung fort und stelle zusätzliche Ressourcen zur Verfügung. Die Möglichkeit, in der zweiten Phase der Lehrerausbildung eine Prüfungsleistung durch den Erwerb eines DaZ-Zertifikats zu ersetzen, werde verlängert. Man gehe davon aus, dass die DaZ-Stellen in den Erstaufnahmeeinrichtungen zum 1. Februar 2018 besetzt seien.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 19/382](#) anzunehmen.

6. Verschiedenes

a) Auf eine Frage von Abg. Habersaat antwortet Ministerin Prien, der Runde Tisch Inklusion werde weitergehen, und Abgeordnete würden dazu eingeladen.

b) Auf Antrag der SPD will sich der Ausschuss am 8. März 2018 mit den Zulassungsvoraussetzungen für das Studium der Medizin befassen und dazu die Dekanate und Fachschaftsvertretungen der beiden medizinerbildenden Universitäten einladen ([Umdruck 19/493](#)).

c) Im Anschluss an die Sitzung am 8. März 2018 wollen die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher sowie der Vorsitzende ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von „Jugend im Landtag“ über die Beschlüsse der 31. Veranstaltung Jugend im Landtag ([Umdruck 19/349](#)) führen.

d) Zu der nächsten Ausschusssitzung am 8. Februar 2018 sollen die Leitungen der Stiftungen Schloss Gottorf und Schloss Eutin eingeladen werden. - Zu dem Gespräch mit den Landeselternbeiräten und Landesschülervertretungen zum Thema Nachhilfe sollen auch die Schulleitungen der Goethe-Schule in Flensburg und des Ludwig-Meyn-Gymnasiums in Uetersen eingeladen werden.

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

gez. Peer Knöfler
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer